

Bundesjugendschreiben 2021 – Praktikerklasse 2 (160 bis 300 Silben)

Die Bundesratspräsidentschaft

vorher anzugeben: Turnus (2.), notifiziert (3.), divergierenden (6.), Maastrichter Verträge (8.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 9. Oktober 2020 den Ministerpräsidenten des Landes

¼

Sachsen-Anhalt einstimmig zu seinem Präsidenten für die Zeit vom 1. November 2020 bis 31. Oktober

½

2021 gewählt. Die Präsidentschaft des Bundesrates wechselt jährlich im November. Die Länderkammer wählt dazu aus dem Kreis der Minister-

¾

präsidentinnen und -präsidenten der 16 Bundesländer ein neues Präsidium. Die Wahl erfolgt nach einer festgelegten Reihenfolge, die

1./160

durch die Einwohnerzahl der Länder bestimmt wird. Der Turnus beginnt stets mit dem Regierungschef oder der Regierungschefin des Landes mit den meisten Einwohnern. So sieht es

¼

eine Vereinbarung vor, auf die sich die Ministerpräsidenten im Jahr 1950 verständigt haben. Diese Regelung hat den Vorteil, dass die Besetzung

½

des Amtes nicht wechselnden Mehrheitsverhältnissen und parteipolitischen Erwägungen unterworfen ist. Außerdem wahrt sie den Grundsatz der Gleichrangigkeit aller

¾

Länder, da jedes Land unabhängig von seiner Größe die Möglichkeit hat, den Vorsitz in der Länderkammer zu übernehmen. Meine Damen und Herren! Die Hauptaufgaben

2./180

des Präsidenten des Bundesrates sind weniger politischer als eher repräsentativer Natur. Er lädt zu den Plenarsitzungen des Bundesrates ein, leitet diese und

¼

notifiziert die Plenarbeschlüsse. Außerdem vertritt er den Bundesrat bei protokollarischen Terminen im In- und Ausland. Im Rahmen der parlamentarischen Diplomatie empfängt

½

er hochrangige internationale Delegationen im Bundesrat. Daneben weist das Grundgesetz dem Präsidenten des Bundesrates eine besondere Aufgabe zu:

¾

Er hat laut Artikel 57 des Grundgesetzes die Befugnisse des Bundespräsidenten wahrzunehmen, wenn dieser verhindert oder vorzeitig aus dem Amt geschieden ist.

3./200

Zu den Aufgaben des Präsidiums gehört unter anderem die jährliche Aufstellung des Haushaltsplanes des Bundesrates sowie die Entscheidung wichtiger interner Angelegenheiten des Hauses.

¼

Zudem vertreten die Vizepräsidenten den Bundesratspräsidenten, wenn dieser verhindert ist. Meine Damen und Herren! Von besonderem Gewicht ist die Mitwirkung des Bundesrates im Gesetz-

½

gebungsverfahren auf Bundesebene. Kein Bundesgesetz kommt zustande, ohne dass der Bundesrat damit befasst war. Viele Gesetze können sogar nur dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat ihnen ausdrücklich

¾

zustimmt. Welche dies sind, ist im Grundgesetz festgelegt. Bei den übrigen Gesetzen handelt es sich um Einspruchsgesetze. Der Einfluss des Bundesrates ist hier geringer als bei zustimmungsbedürftigen

4./220

Gesetzen. Er kann seine abweichende Meinung in diesen Fällen nur dadurch zum Ausdruck bringen, dass er Einspruch gegen das Gesetz einlegt. Dieser kann durch den Deutschen Bundestag im Normalfall mit der sogenannten Kanzlermehrheit

¼

jedoch überstimmt werden. Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung zudem ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Die vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwürfe werden zunächst der Bundes-

½

regierung zugeleitet. Diese kann innerhalb von sechs Wochen eine Stellungnahme dazu abgeben. Danach ist der Gesetzentwurf an den Bundestag weiterzuleiten. Als eine politische Ergänzung des

¾

Initiativrechts wird auch das parlamentarische Mittel der EntschlieÙung eingesetzt. Darunter versteht man Ersuchen, die in der Regel an die Bundesregierung gerichtet sind, um auf Probleme aufmerksam zu machen, die Auffassung

5./240

des Bundesrates zu einem bestimmten Thema darzulegen oder Gesetzgebungsverfahren durch die Bundesregierung anzustoÙen. EntschlieÙungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich. Meine Damen und Herren! Während der Bundesrat den

¼

Vermittlungsausschuss zu allen vom Bundestag beschlossenen Gesetzen anrufen kann, können Bundestag und Bundesregierung den Ausschuss nur dann einschalten, wenn der Bundesrat einem zustimmungsbedürftigen Gesetz zuvor seine Zustimmung

½

verweigert hat. In den Sitzungen des Vermittlungsausschusses wird versucht, eine Einigung zwischen den divergierenden Auffassungen von Bundestag und Bundesrat zu finden. Der Ausschuss kann Vorschläge zur Änderung des Gesetzesbeschlusses

¾

unterbreiten oder empfehlen, den Gesetzesbeschluss ganz aufzuheben. Wenn in der zweiten hierzu einberufenen Sitzung kein Einigungsvorschlag beschlossen wird, kann jedes Mitglied den Abschluss des Verfahrens beantragen. Wird in der darauf-

6./260

folgenden Sitzung auch keine Einigung erzielt, ist das Verfahren ohne Einigung abgeschlossen. Ein weiteres Ergebnis des Vermittlungsverfahrens kann die Bestätigung des Gesetzesbeschlusses des Bundestages sein. Meine Damen und Herren! Die euro-

¼

päische Integration ist weit vorangeschritten. Mit den 27 Staaten, die sich in der Europäischen Union zusammengeschlossen haben, verfügt der Staatenverbund mittlerweile über mehr als eine halbe Milliarde Einwohner.

½

Mit der stetig wachsenden Bedeutung der Europäischen Union hat auch die Mitwirkung des Bundesrates in den Angelegenheiten der Europäischen Union stark zugenommen. Die Rechte des Bundesrates reichen von einem umfassenden

¾

Informationsanspruch über die Möglichkeit, Stellungnahmen zu allen Vorlagen der Europäischen Union abzugeben, die Länderinteressen berühren, bis zur Entsendung von Vertretern in den Rat. Für die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in

7./280

Angelegenheiten der Europäischen Union ist Artikel 23 entscheidend. Der sogenannte Europaartikel wurde 1992 nach Verabschiedung der Maastrichter Verträge eingeführt und bestimmt, dass in Angelegenheiten der

¼

Europäischen Union der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mitwirken. Diese Mitwirkung geht über die allgemeine Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften in Fragen der Außenpolitik hinaus und weist insbesondere dem Bundesrat in diesem

½

Prozess eine aktive Rolle zu. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf europäischer Ebene haben sich mittlerweile zahlreiche Formate der Zusammenarbeit der Parlamente der Mitgliedsstaaten etabliert, an denen sich auch der Bundesrat aktiv beteiligt.

¾

Das Europäische Parlament lädt regelmäßig zu interparlamentarischen Beratungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik ein. Daneben werden interparlamentarische Konferenzen von der aktuellen Präsidentschaft organisiert.

8./300

Beginn der 4. Minute: Zu den Aufgaben des ...

(TS)